



DER ERNST DER LAGE

Ihr Bundestagsabgeordneter Bastian Ernst informiert

Newsletter, Ausgabe November 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

wieder sind zwei Sitzungswochen und zwei Wahlkreiswochen vergangen und es gibt viele interessante Entwicklungen zu berichten. Die politische Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis bleibt intensiv und vielfältig, und ich freue mich, Ihnen aktuelle Einblicke in meine Tätigkeiten und Begegnungen geben zu dürfen.

Obmann im Unterausschuss Rüstungskontrolle – Verantwortung in bewegten Zeiten

Der kürzlich konstituierte Unterausschuss „Rüstungs- und Proliferationskontrolle, Nichtverbreitung und internationale Abrüstung“ ist ein zentrales Gremium im Deutschen Bundestag, das sich mit den drängendsten sicherheitspolitischen Fragen unserer Zeit beschäftigt. Es erfüllt mich mit besonderem Stolz und Verantwortungsgefühl, in dieser Legislaturperiode nicht nur als Mitglied, sondern erstmals als Obmann meiner Fraktion in diesem wichtigen Unterausschuss zu wirken. Die Wahl zum Obmann bringt zusätzliche Aufgaben: Als zentraler Ansprechpartner für meine Fraktion gilt es, die verschiedenen Mitglieder meiner Fraktion zu koordinieren, Impulse zu setzen und gemeinsam mit den Obleuten der anderen Fraktionen die Tagesordnung des Unterausschusses festzulegen.



Diese Position verlangt Weitblick und ein tiefes Verständnis für die Herausforderungen, die aus dem sich wandelnden internationalen Umfeld erwachsen. In der letzten Wahlperiode hatte der Unterausschuss noch den Namen „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“. Dass „Abrüstung“ nun an das Ende des Namens gerückt ist, liegt am neuen sicherheitspolitischen Umfeld seit dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Unsere Sicherheit ist heute so stark bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Aber auch im Kalten Krieg waren Rüstungskontrolle, die Verhinderung der Verbreitung von ABC-Waffen und sogar Abrüstung wichtige Politikfelder. Das gilt auch heute. Wir müssen einerseits unsere Bundeswehr besser ausstatten, um den Frieden zu schützen. Andererseits müssen wir unkontrollierte Rüstungswettläufe und die Verbreitung geächteter Waffen verhindern.

Einsatz der Bundeswehr in der EU-Mission IRINI vor der libyschen Küste

Am 15.10. hielt ich meine dritte Rede im Bundestag. Dabei ging es um den Einsatz der Bundeswehr in der EU-Mission IRINI vor der libyschen Küste. Auch wenn der Fokus unserer Verteidigungspolitik seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nun mehr auf der Landes- und Bündnisverteidigung liegt, bleiben auch solche internationalen Kriseneinsätze wichtig.

Pro-russische Akteure gibt es nicht nur im Osten und im Bundestag (Stichwort AfD), es gibt sie auch im Mittelmeerraum. Seitdem vor knapp einem Jahr der russische Verbündete Baschar al-Assad in Syrien gestürzt wurde, ist nun Khalifa Haftar in Libyen der wichtigste Verbündete Russlands im Mittelmeerraum. In diesem Jahr war Haftar sogar zu Gast in Moskau, um an den Feierlichkeiten zum 9. Mai teilzunehmen. Khalifa Haftar hat im Osten Libyens eine Militärdiktatur errichtet und wird dabei schon seit mehreren Jahren von Russland unterstützt. Im Gegenzug kann Russland Haftars Stützpunkte als Drehscheibe für das russische „Afrika-Korps“ nutzen und will so als Störfaktor die EU und die NATO auch von ihrer Südflanke in Schach halten. Wir müssen also auch im Mittelmeer wachsam sein und die EU-Mission IRINI ist ein wichtiger Beitrag dafür.

IRINI ist weiterhin das einzige Instrument, mit dem das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen auf hoher See überwacht wird. Und damit ist das IRINI zentral, um Libyen auf einen stabilen, friedlichen Kurs zu bringen — und damit auch Fluchtursachen zu bekämpfen und unsere Nachbarschaft zu sichern. Ich setze mich dafür ein, dass Europa hier Verantwortung übernimmt.

Link zur kompletten Rede:

👉 <https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7637439>





Nein zur Chatkontrolle

Mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es keine anlasslose Kontrolle digitaler Kommunikation geben. Die Vertraulichkeit der Kommunikation ist ein Grundrecht. Und verlässliche Vertraulichkeit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen und Unternehmen dem digitalen Raum vertrauen können.

Zugleich ist es richtig und notwendig, dass Europa entschlossen gegen sexualisierte Gewalt an Kindern vorgeht. Denn ein gemeinsamer europäischer Rechtsrahmen ermöglicht es, Opfer besser zu schützen, Täter zu verfolgen und illegales Material schneller aus dem Netz zu entfernen. Es ist gut, dass die Europäische Union hier tätig werden will.

Die Beratungen dazu finden in Europa derzeit zwischen Rat, Kommission und Parlament statt. Eine Entscheidung liegt derzeit nicht beim Deutschen Bundestag, sondern im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Ich bin überzeugt, dass die Bundesregierung in den laufenden Verhandlungen eine gute gemeinsame Linie vertritt, die den Kinderschutz unter Wahrung der Grundrechte verbessert.

Maßgebend ist dabei: Starke Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bleibt unverzichtbar. Sie schützt die Vertraulichkeit privater Kommunikation und damit auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Maßnahmen zum Kinderschutz müssen so ausgestaltet sein, dass die Integrität dieser Verschlüsselung erhalten bleibt.

Unser Ziel ist, Kinder wirksam zu schützen, ohne die Sicherheit und Vertraulichkeit der Kommunikation aller zu gefährden. Dafür setze ich mich - und dafür setzt sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag - mit Nachdruck ein.

Wehrdienst

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Russland gewinnt die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung deutlich an Bedeutung. Für unsere eigene Sicherheit ist es deshalb dringend notwendig, unsere Zusagen innerhalb der NATO zu erfüllen. Dazu gehören nicht nur substanziell höhere Investitionen in die Modernisierung unserer Streitkräfte, sondern auch ein deutlicher personeller Aufwuchs der Bundeswehr. Unser Ziel ist, durch eine schlagfertige Bundeswehr abzuschrecken und Krieg zu verhindern.

Bis 2035 soll die Bundeswehr 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten stellen. Derzeit sind es rund 173.000, wenn man die freiwillig Wehrdienstleistenden abzieht. Es werden also rund 90.000 zusätzliche Soldaten benötigt. Für die Reserve liegt das Ziel bei 200.000, wovon wir heute noch weit entfernt sind. Um diese Lücken zeitnah und verlässlich zu schließen, brauchen wir ein gezieltes, bedarfsorientiertes Verfahren.

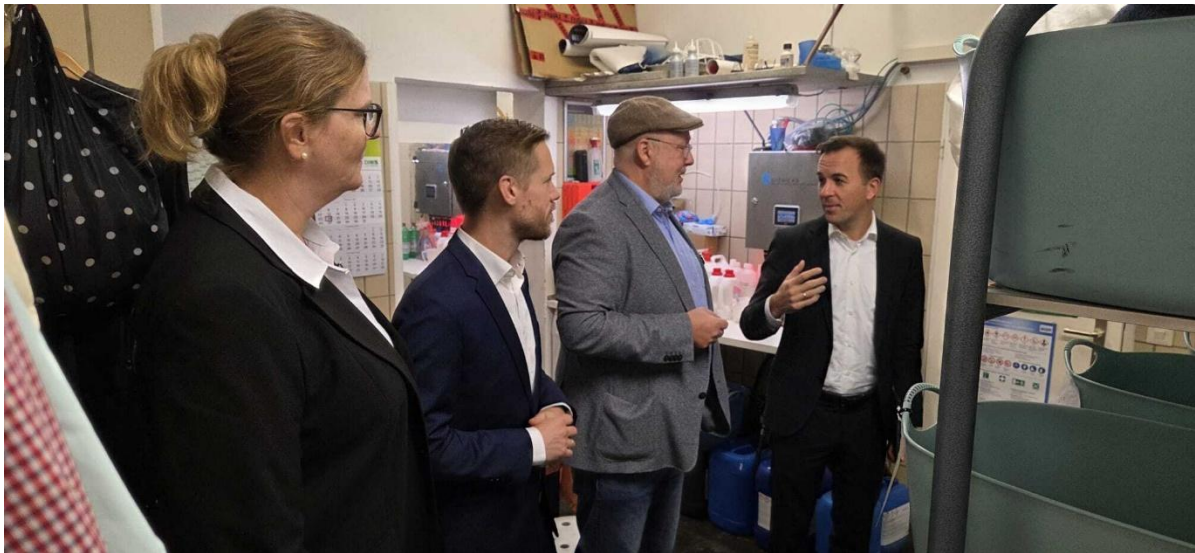
Eine Rückkehr zur alten Wehrpflicht in ihrer früheren Form halten wir dabei nicht für den richtigen Weg. Denn die Bundeswehr braucht nicht 300.000 Wehrdienstleistende, was ungefähr einer männlichen Jahrgangsstärke entspricht. Sie kann derzeit nur einen Bruchteil davon ausstatten, unterbringen, ausbilden und beschäftigen. Vor der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 2011 wurde diese Auswahlpraxis von vielen zurecht als ungerecht und willkürlich empfunden. Denn obwohl sie als allgemeine Wehrpflicht ausgelegt war, wurden zuletzt nur noch etwa 13% eines Jahrgangs eingezogen,



was dem Bedarf der Bundeswehr entsprach. Dabei wurden verschiedenste Auswahlkriterien herangezogen. Es mehrten sich die verfassungsrechtlichen Zweifel, ob ein so selektives Verfahren dem Grundsatz der Wehrgerechtigkeit überhaupt noch gerecht wird. Die bloße Reaktivierung dieses alten Modells würde keines dieser Probleme lösen.

Deshalb schlagen wir einen neuen Wehrdienst vor. Dieser basiert zunächst auf Freiwilligkeit, indem wir den Wehrdienst noch attraktiver ausgestalten. Sollten sich nicht genug Freiwillige finden, um die Bedarfe der Bundeswehr zu decken, muss der Bundestag per Gesetzesbeschluss über eine Wehrpflicht entscheiden, die sich am Bedarf der Bundeswehr orientiert. In den kommenden Sitzungswochen erarbeiten wir einen Entwurf, der der aktuellen Sicherheitslage Rechnung trägt – begleitet von Expertenanhörungen und intensiver parlamentarischer Beratung.

Mittelstand im Dialog: Besuch bei Sauberland Reinigung



Am vergangenen Montag hatte ich bei der Sauberland Reinigung in Delmenhorst die Gelegenheit, mich mit dem Geschäftsführer Jens Lepinat und seiner Frau Martina Lepinat sowie Daniel Dalkowski vom Deutschen Textilverband über die aktuellen Herausforderungen mittelständischer Unternehmen auszutauschen. Im Mittelpunkt standen die Themen Stromsteuer, Mindestlohn und Bürgergeld. Die gestiegenen Energiekosten, die Belastungen durch die Stromsteuer sowie die Auswirkungen der Mindestloohnerhöhungen betreffen die Reinigungswirtschaft spürbar. Hinzu kommt die Frage, wie das Bürgergeld die Arbeitsmotivation und die Gewinnung von Fachkräften beeinflusst. Ich nehme die Impulse aus diesen direkten Gesprächen mit nach Berlin. Der Austausch mit dem Mittelstand ist für unsere politische Arbeit unerlässlich. Es geht darum, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirtschaftliche Realität und soziale Verantwortung zusammenbringen.



Innovative Ideen: Termin bei Sustainable Manufacturing



Ein weiteres Highlight war mein Besuch bei Sustainable Manufacturing, einem jungen Startup aus unserem Wahlkreis. Seit vier Jahren stellen vier Freunde innovative Produkte mit Hilfe von 3-D Druckern her. Derzeit entwickeln sie ein Fertigungskonzept, mit dem Drohnenrumpfe und -komponenten für Luft- und Wasseranwendungen hochautomatisiert produziert werden können. Solche Unternehmen zeigen, wie viel Potenzial und Engagement in unserer Region steckt, wenn es um Zukunftstechnologien und nachhaltige Produktion geht.

Engagement für das Sozialwesen: Austausch mit dem Bezirksverband Oldenburg

Das Gespräch mit dem BVO (Bezirksverband Oldenburg) auf Gut Dauelsberg verdeutlichte, wie wichtig der Einsatz für soziale Einrichtungen und Hilfsangebote ist. Der Verband verwaltet neben 33 mildtätigen Stiftungen auch 17 Einrichtungen im Oldenburger Land. Hierzu zählen Pflegeeinrichtungen, Eingliederungshilfe in der besonderen Wohnform und eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung. Besonders beeindruckend: Die Komplexeinrichtung Gut Dauelsberg unterstützt langzeitarbeitslose Menschen durch Arbeits- und Qualifizierungsangebote, eigene Werkstätten und eine moderne Landwirtschaft. Solche Angebote sind unverzichtbar für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Chancengleichheit.





Impulse für die Luft- und Raumfahrt: Besuch bei Airbus in Nordenham



Gemeinsam mit Björn Thümler, CDU-Landtagsabgeordneter, führte mich ein Besuch ins Airbus-Werk Nordenham. Die leistungsfähigen Förderprogramme der CDU-geführten Landesregierung von 2003 bis 2013 haben deutlich zur internationalen Sichtbarkeit und zur Stärkung der Luft- und Raumfahrtindustrie beigetragen. Die Programme LuFo I und LuFo II legten den Grundstein für den Erfolg vieler Zulieferbetriebe und für die Innovationskraft am Standort. Heute investiert Airbus weiter in Nordenham, unter anderem in neue Produktionshallen sowie in nachhaltige Technologien und die Digitalisierung. Die

Luft- und Raumfahrt ist und bleibt ein Innovationsmotor für unsere Region, besonders im Hinblick auf klimafreundliche Technologien, digitale Fertigungsprozesse und die Sicherung deutscher Beteiligungen an internationalen Projekten.

Ausblick

Nun geht es für mich und mein Team weiter mit einer Doppel-Sitzungswoche in Berlin und einer darauffolgenden Woche im Wahlkreis. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine schöne Herbstzeit und freue mich auf den weiteren Austausch – gerne persönlich bei Terminen oder in unserem Wahlkreisbüro.

Herzliche Grüße

Ihr

Bastian Ernst

Mitglied des Deutschen Bundestages